

22. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

28. – 30. November 2003, Messe, Dresden

G r ü n e

Beschluss

Wirksame Politik gegen Diskriminierung fortsetzen

Die grüne Bundestagsfraktion und die Bundesregierung werden aufgefordert, zügig einen Entwurf für ein zivilrechtliches Antidiskriminierungsgesetz (ZAG) vorzulegen, in dem nicht nur die EU-Richtlinie zum Schutz vor rassistischer und ethnisch motivierter Diskriminierung umgesetzt wird, sondern auch die zivilrechtliche Diskriminierung aufgrund anderer persönlicher Merkmale, insbesondere der sexuellen Identität oder einer Behinderung, wirksam bekämpft wird. Grundlage für die Erarbeitung eines Gesetzentwurfs soll der in der letzten Wahlperiode vom Bundesjustizministerium in Verbandsanhörungen vorgestellte Entwurf für ein ZAG sein.

Im europäischen Jahr der Menschen mit Behinderung 2003 muss die erfolgreiche Behindertenpolitik der letzten Wahlperiode, die in der Verabschiedung von SGB IX und Behindertengleichstellungsgesetz zum Ausdruck kam, fortgesetzt werden. Die noch ausstehenden Regelungen im Zivilrecht müssen daher behinderte Menschen ebenso wie auch andere betroffene Bevölkerungsgruppen umfassen.

